Donnerstag, 22. August 2024, Isenhagener Kreisblatt / Lokales

Ja zur mobilen Temposchwelle

Damit hat keiner gerechnet: Wesendorfer Rat gibt grünes Licht für Westerholz

VON CAROLA HUSSAK

Das Foto zeigt den westlichen Ortseingang nach Westerholz. Wer aus Richtung Grillplatz kommt, darf auf 100 Stundenkilometer beschleunigen. Die wenigsten Autofahrer bremsen am Ortseingang auf die vorgeschriebenen 30 km/h ab. Eine Temposchwelle soll Raser künftig eines Besseren belehren. ArchivFoto: Hussak

Wesendorf/Westerholz – Mit dieser Entscheidung hat Dienstagabend wohl keiner gerechnet. Der Wesendorfer Gemeinderat hat mit acht Ja-, fünf Neinstimmen und einer Enthaltung für eine mobile Temposchwelle am westlichen Ortseingang in Westerholz gestimmt. Mit acht Ja- und sechs Neinstimmen wurde sich zudem für eine Begrenzung auf 3,5 Tonnen, Anlieger frei, ausgesprochen. Dafür bedarf es einer verkehrsbehördlichen Anordnung, die die Gemeinde nun in die Wege leiten soll. Für die Einrichtung einer Rechts-vor-Links-Regelung im Bereich der Einmündungen des Schwalbenringes auf die Straße Horst sprach sich der Rat einstimmig aus.

Kaum Hoffnung auf Temposchwelle gehabt

Die Hoffnung auf eine Temposchwelle am Ortseingang vom Grillplatz kommend zur Straße Horst hatte wohl niemand, nachdem sich der Bauausschuss in seiner Sitzung lediglich für die Rechts-vor-Links-Regelung ausgesprochen hatte – als erste Maßnahme, um der Raserei Herr zu werden.

Einer Diskussion vorausgegangen sind deutliche Worte von Bürgermeister Holger Schulz (SPD). Er berief sich auf einen Filmbeitrag, in dem es um Kritik an der großen Politik ging, die es „bis heute nicht geschafft hat, Belange der Kinder – und damit unserer Zukunft – in richtig geltendes Recht umzusetzen und insbesondere verfassungsrechtlich zu garantieren“. Dieser Beitrag habe Schulz zu denken gegeben. Mit Blick auf die Diskussionen über die Situation an der Straße Horst stellte Schulz sich die Frage, inwieweit die Gemeinde „wirklich die Belange der Familien und Kinder berücksichtigt“. Konkret sei man offensichtlich nicht in der Lage, einen tatsächlichen Kompromiss zwischen verschiedenen Belangen hinzubekommen, hier einerseits der landwirtschaftliche Verkehr und andererseits die Anforderungen an gesundes und sicheres Wohnen und Leben. „Letzteres war Ziel, ohne eine der beiden Seiten zu sehr zu beeinträchtigen. Diese Zielerreichung ist bisher aus meiner Sicht aber vollständig misslungen. Einen Kompromiss kann ich leider nicht erkennen“, so Schulz.

Andreas Hoffmann (SPD) indes fand ebenfalls deutliche Worte: „Es ärgert mich, dass wir ständig vom Landkreis und der Landesstraßenbaubehörde in der Umsetzung von Vorhaben blockiert werden. Jetzt könnte die Gemeinde eigenständig etwas in die Wege leiten, aber es wird sich dagegen gestellt“, zeigte er Unverständnis. Schulz merkte zudem noch an, dass es auch aus finanzieller Sicht keine Gegenargumente zur Temposchwelle geben könnte. Die Erneuerung einer Rampe auf dem Skaterplatz sei nicht notwendig. Dafür im Haushalt bereitgestellte 20 000 Euro werden nicht benötigt und könnten in den Bau einer Temposchwelle fließen.

Wenn es Wunsch der Anwohner ist...

Melanie Schulze (Miteinander) machte noch einmal auf den Lärm aufmerksam, den Trecker und Anhänger beim Überfahren der Schwelle verursachen würden. „Aber wenn die Anwohner das wünschen, kann auch ich damit leben“, so ihre Meinung. Das haben sowohl Anna Bulach als auch Karlheinz Stelter, Anwohner des Schwalbenringes und Horst, deutlich gemacht. Gegenüber dem IK äußerte Bulach: „Mir geht die Sicherheit der Kinder vor. Ich nehme lieber Lärm in Kauf als die Raserei.“ Die Erleichterung war den Anwohnern, die der Sitzung beiwohnten, deutlich anzusehen.

Dirk Wegmeyer (CDU) und auch Jürgen Hildebrandt (SPD) gaben zu bedenken, dass man damit einen Präzedenzfall schaffe und Bewohner anderer Straßen ebenfalls Temposchwellen fordern könnten. „Man muss doch auch mal irgendwo mal anfangen und nicht befürchten, was kommen könnte“, machte Anne Welk (WGW) deutlich. Gegenüber dem IK machte Stelter noch einmal deutlich, wie wichtig es sei, als Bürger hartnäckig zu bleiben und nicht aufzugeben.